Flüchtlinge

Operation „Brenner dicht“

Kanzlerin Angela Merkel setzt in der Flüchtlingsfrage auf Hilfe aus Wien – indem Österreich seine Grenze dichtmache. Bei einem Treffen der Unionsfraktionschefs aus Bund und Ländern vergangenen Sonntag in Berlin wurde Merkel gefragt, was geschehen solle, falls eine große Zahl von Flüchtlingen über Italien nach Europa einreisen würde (lesen Sie dazu auch ab Seite 92). Sie antwortete, dann sei Rom dafür zuständig, die Menschen unterzubringen und zu registrieren. Auf die Nachfrage des bayerischen CSU-Landtagsfraktionschefs Thomas Kreutzer, was passiere, wenn die italienische Regierung dieser Verpflichtung nicht nachkommen könne oder wolle und sich wieder Hunderttausende auf den Weg nach Deutschland machten, sagte Merkel: „Dann macht Österreich den Brenner dicht.“ Mehrere Teilnehmer der Sitzung zeigten sich hinterher verwundert über die Aussage, weil die Kanzlerin eine Schließung der deutschen Grenze ablehnt und die Regierung in Wien dafür kritisiert hat, dass sie die Grenze teilweise geschlossen und eine Obergrenze für Flüchtlinge eingeführt habe. ran

JOERG KOCH / GETTY IMAGES

Sicherheitskräfte bei Schloss Elmau 2015

G-7-Gipfel

100-Millionen-Sause

Das zweitägige Treffen der G-7-Staats- und Regierungschefs im bayerischen Schloss Elmau im Juni vorigen Jahres hat den deutschen Steuerzahler 116 Millionen Euro gekostet. Das geht aus einem bisher unveröffentlichten Bericht des Finanzministeriums an den Haushaltsausschuss des Bundestags hervor. Demnach sind allein für die Unterbringung der Staatslenker und ihrer Entourage in dem Schlosshotel sowie für Medienbetreuung 28,3 Millionen Euro ausgegeben worden. Der Freistaat Bayern erhielt vom Bund 39,3 Millionen für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen. Das Areal um den Tagungsort war schon Wochen zuvor weiträumig und engmaschig abgesperrt worden, damit sich die Staats- und Regierungschefs nicht von Demonstranten belästigen lassen mussten. Die Kosten, sagt die Vorsitzende des Haushaltsausschusses Gesine Lötzsch (Linke), lägen damit viermal so hoch wie die jährlichen Ausgaben für Abrüstung und Rüstungskontrolle: „Das ist ein Fall für den Rechnungshof.“ was

Reparationen

Wüster Historikerstreit

Die Kontroverse deutscher Geschichtswissenschaftler über griechische Reparationsforderungen eskaliert. Der Mannheimer Historiker Heinz A. Richter hatte kürzlich behauptet, nicht etwa Deutschland schulde Griechenland Geld aus der Besatzungszeit 1941 bis 1944, sondern allenfalls sei das Gegenteil richtig (SPIEGEL 7/2016). Nun werfen ihm Kollegen „Falschbehauptungen“, „abenteuerliche Berechnungsfehler“ und „Verhöhnung der jüdischen wie nichtjüdischen Opfer“ vor („Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“). Sie legen sogar nahe, dem pensionierten Professor den Doktortitel abzuerkennen. Richters These richtet sich gegen heutige Forderungen Athener Politiker, Berlin müsse für Schulden und Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg noch bis zu 278,7 Milliarden Euro zahlen. Sein Hauptkontrahent ist Hagen Fleischer, 72, der in Athen lehrt und die griechischen Forderungen im Grundsatz unterstützt. Es geht bei dem Streit vorrangig um die Beurteilung von Waren- und Goldlieferungen nach Griechenland während der Besatzungszeit. Fleischer und Kollegen behaupten, Handelsschulden Athens seien damals durch „gezielte Manipulation“ deutscher Stellen in ein „positives deutsches Saldo“ verdreht worden. Und das Gold, das NS-Behörden zur Stabilisierung der Drachme einsetzten, stamme zum Teil von dann ermordeten griechischen Juden, könne also heute nicht als Passiva Athens betrachtet werden. Richter bezeichnet die Angriffe der Kollegen als „absurd“. klw

Abgasaffäre

Bosch im Visier

Der Technologiekonzern Bosch soll in großem Stil Motorsteuerungen produziert haben, die eine Abschalteinrichtung für die Abgasreinigung enthalten. Demnach könnten sämtliche Steuerungsgeräte für Pkw mit 1,6- bis 2,8-Liter-Motoren betroffen sein, die der aktuellen Emissionsnorm Euro 6 unterliegen. Das Verkehrsministerium, das derzeit rund 60 Diesel-Pkw verschiedener Autobauer untersucht, geht dabei Hinweisen eines Informanten nach. Diese Woche mussten Verantwortliche von Bosch im Ministerium zu den Vorwürfen Stellung nehmen. Das Unternehmen möchte sich „wegen sensibler rechtlicher Rahmenbedingungen“ nicht äußern. Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) wollte dessen ungeachtet eine Untersuchung veröffentlichen, die er nach Bekanntwerden der VW-Abgasaffäre in Auftrag gegeben hatte. Darin wird VW vorgeworfen, illegale Abschalteinrichtungen in seinen Dieselmodellen verwendet zu haben. Die anderen Hersteller hätten eine Software verwendet, die bei Unterschreitung bestimmter Außentemperaturen angeblich zum Schutz des Motors die Reinigung giftiger Stickoxidabgase abstellt. Bei BMW- und Mercedes-Modellen sollen die Systeme bei rund 10 Grad gestoppt worden sein, bei Opel bereits bei 17 Grad, was die Hersteller für zulässig halten (SPIEGEL 16/2016). Nach entsprechender EU-Verordnung ist es allerdings illegal, wenn eine Abschalteinrichtung „die Temperatur ermittelt“, um die Funktion eines „Emissionskontrollsystems zu deaktivieren“. Der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Jürgen Resch, hält diese Praxis der Autokonzerne für „vorsätzliche Körperverletzung mit Todesfolge“ und verweist darauf, dass die Europäische Umweltagentur Stickoxide in der Atemluft für den vorzeitigen Tod von Tausenden Menschen pro Jahr verantwortlich macht. gt